

## 22. Weiterbildung an DDR-Universitäten

### Das Beispiel Humboldt-Universität zu Berlin

Johannes Keil

Weiterbildung wird heutzutage immer noch eher als ein Fremdkörper an Hochschulen wahrgenommen, gilt aber auch als unverzichtbar in einer Welt, in der sich komplexe Wissensbestände in immer kürzeren Zeiträumen aktualisieren. In der DDR war zeitweise über die Hälfte der Studierenden in Veranstaltungsformen der Weiterbildung immatrikuliert.

Fragt man nach den staatlichen Motiven hierfür, so entsteht erst ab der Dritten Hochschulreform Ende der 60er Jahre – die auch als Antwort auf eine angenommene Beschleunigung der Wissensproduktion gedacht war – ein relativ einheitliches Bild. Wie in anderen Segmenten des DDR-Bildungswesens wurde versucht, bildungspolitische Antworten auf volkswirtschaftliche Notwendigkeiten zu finden. Mittels zunehmender Effizienz sollte die Arbeitsproduktivität gesteigert werden. Dabei hatte die Erwachsenenbildung den spezifischen Beitrag zu leisten, die Arbeitskräfte mit einer hinreichenden Leistungsbereitschaft, Leistungsvermögen und Innovationskraft auszustatten. Allerdings stellte sich mit der Zeit heraus, dass es sich hierbei keineswegs um eine kontinuierliche, planbare Aufgabe handelte, weshalb die Erwachsenenbildung auch nicht ins „einheitliche sozialistische Bildungssystem“ integriert wurde. Vielmehr blieb ein flexibles „Weiterbildungssystem“ bestehen und wurde weiterentwickelt, das Bildungserfordernisse durch Ad-hoc-Maßnahmen bedienen sollte. Dieser situativ-pragmatische Umgang mit dieser Bildungsform, der Lehrenden und Teilnehmern erhebliche Freiheiten eröffnete, wurde auch ermöglicht, weil Weiterbildung keine ideologischen Hemmnisse entgegenstanden, da dieses Bildungssegment in der klassischen marxistisch-leninistischen Theorie weitestgehend unberücksichtigt geblieben war.<sup>136</sup>

---

*Weiterbildung erwies sich als  
eine Aufgabe jenseits von  
planbarer Kontinuität*

---

Auf der Ebene der Hochschulen, wo die fachliche (gegenüber der ideologischen) Weiterbildung einen hohen Stellenwert einnehmen musste, war die Entwicklung und Ausgestaltung von Weiterbildungsangeboten entweder an die Interessen einzelner Wissenschaftsdisziplinen geknüpft oder beruhte auf der Initiative von einzelnen Wissenschaftlern. Für die Humboldt-Universität (HU) lassen sich hier nennen:

- Die wenige Jahre nach dem Kriegsende aufgelegte postgraduale Ausbildung für Sonderschullehrer beruhte auf der Initiative des erklärten Antifaschisten Reinhold Dahlmann. Zur Durchführung dieses Weiterbildungsgangs setzte er sich für die Gründung des Instituts für *Rehabilitationspädagogik*, dessen erster Direktor er auch wurde, ein.<sup>137</sup> Das Erbe, das der Nationalsozialismus der Disziplin hinterlassen hatte, sollte auch durch die Institutsgründung überwunden werden. Die Hauptaufgabe des 1950 gegründeten Instituts bestand in der postgradualen Ausbildung von Sonderschullehrern, bis im Zuge einer geänderten Lehrerausbildung auch ein vierjähriges Fernstudium für Sonderpädagogik/Rehabilitationspädagogik eingeführt wurde. Die Institutsleitung verstand es dabei, die Einflussnahme hinsichtlich der Erhöhung von ideologischen Anteilen an der Ausbildung größtenteils abzuwehren,<sup>138</sup> aber sich trotzdem als unverzichtbarer Teil der Ausbildung von Sonderschulpädagogen zu etablieren.

---

<sup>136</sup> Lediglich aus der leninistischen Avantgarde-Theorie lassen sich Weiterbildungsnotwendigkeiten für die Mitglieder der Partei ableiten, die neue (anspruchsvollere) berufliche Positionen ausfüllen sollen.

<sup>137</sup> Klaus-Peter Becker / Klaus-Dietrich Große: 60 Jahre Pädagogik für Behinderte an der Humboldt-Universität zu Berlin 1947 - 2007. Ein geschichtlicher Abriss, Münster/New York/München/Berlin 2007, S. 102ff.

<sup>138</sup> HU-Archiv, Studienabteilung Referat Weiterbildung und Nachwuchsförderung, Sektion Rehabilitationspädagogik, Archivzugangsnummer 6952 (Zeitraum 1974-1987), Brief von Prof. Becker an Klüsener am 05.01.1976, unpag.

- Die *Wirtschaftswissenschaften* arbeiteten als erste Fakultät ein umfassendes Weiterbildungsprogramm aus. Durch dieses neu entwickelte, breite Studienangebot im Weiterbildungsbereich wurde vornehmlich versucht, eine mögliche Schließung der Fakultät abzuwenden,<sup>139</sup> denn die Wirtschaftswissenschaften waren in Berlin seit der Gründung der Hochschule für Ökonomie (HfÖ) zersplittert und überspezialisiert. Unübersehbar hatte der politische Antrieb zur Gründung der HfÖ auch darin bestanden, die Lehrkräfte und Absolventen enger an die Staats- und Parteiführung zu binden, als dies mit einer Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät einer Universität möglich schien. Daher schuf die HU-Fakultät laufend spezialisierte Weiterbildungsangebote, strukturierte sie um oder stellte sie ein. Als Beispiele lassen sich Weiterbildungsstudien für Wirtschaftsprüfer, Mathematik in der Ökonomie, Ökonomie in der Elektroindustrie oder Ökonomie für Wirtschaftsjuristen nennen, alle 1964 eingeführt, aber auch das postgraduale Studium Territorialökonomie von 1966. Nicht nur durch die gezielte Weiterbildung von Staatsfunktionären und betrieblichem Leitungspersonal wollte sich die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät unverzichtbar machen; staatliche Stellen wurden teilweise auch schon in die Konzeption von Weiterbildungsstudienformen einbezogen.
- Die Erfahrungen dieser Weiterbildungsangebote nutzten die Wirtschaftswissenschaften dann zur Einführung einer besonders innovativen Weiterbildungsform für Finanzoffiziere der Nationalen Volksarmee (NVA). Zunächst durch ein Externatsstudium, in dem leitende Finanzoffiziere das Diplom erwarben, konnte die NVA zu einem Partner gemacht werden. Es folgte ein Fernstudium in *Militärfinanzen* für NVA-Finanzoffiziere mit Fachschulausbildung. Schließlich führte man ab 1969 ein vierjähriges Direktstudium für zukünftige Finanzoffiziere ein. Insgesamt konnte das zunächst mangelhafte Qualifikationsniveau in der NVA-Finanzrevision durch diese Bildungsangebote erheblich gesteigert werden.<sup>140</sup> In der Bundesrepublik wurde – deutlich später – ein ähnlicher Weg zur Professionalisierung der militärischen Finanzaktivitäten beschritten, indem betriebswirtschaftliche Studiengänge an den eigens für die Ausbildung künftiger Offiziere gegründeten Universitäten der Bundeswehr geschaffen wurden.
- Die Gründung der Sektion *Wissenschaftstheorie und -organisation* und die Einführung des postgradualen Studiums für Personal in der Organisation von Forschung und Entwicklung stand dann schon gänzlich im Zeichen eines Bildungsoptimismus, der sich durch Bildungsexpansion und -planung verwirklichen sollte. Bisherige Beschränkungen postgradualer Studienangebote auf einzelne Wissenschaftsdisziplinen wurden hierbei überwunden, indem verschiedene Sektionen zusammen ein Weiterbildungsprogramm gestalteten. In die Programmgestaltung wurden die Großbetriebe Berlins, welche Beschäftigte zum Studium delegierten, teilweise einbezogen. Zuvor war ein wesentlicher Teil der Weiterbildung der technischen Intelligenz von den wissenschaftlichen Gesellschaften, z.B. für Physik, Chemie oder der Kammer der Technik, betrieben worden – meist isoliert und nur auf der Grundlage von Forschungsergebnissen der jeweiligen Bereiche.
- Ab der Dritten Hochschulreform wurde die hochschulinterne Weiterbildungsart der *Hochschulpädagogik* zur Effektivitätssteigerung der hochschulischen Lehrveranstaltungen mit einem breiten Angebot eingeführt. Der Bereich Hochschulpädagogik an der Humboldt-Universität etablierte ab den siebziger Jahren vier Veranstaltungsformen. Von diesen sind die hochschulpädagogischen Kurse oder Lehrgänge und die Lehrproben hervorzuheben. Durch die Einführung eines neuen Graduierungssystems an den Hochschulen der DDR wurde auch die Lehrbefähigung (*Facultas docendi*) an eine eigenständige Qualifizierungsmaßnahme gebunden, die im Rahmen der beiden Veranstaltungsformen durchgeführt wurde. Von Anbeginn an tendierte das hochschulpädagogische Lehrangebot an der Humboldt-Universität jedoch dazu, sich von Elementen der marxistisch-leninistischen Ideologie vereinnahmen zu lassen.<sup>141</sup>

<sup>139</sup> Steffen Alisch: Die Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst (HfÖ). Eine wirtschaftswissenschaftliche Kadenschmiede der SED, Forschungsverbund SED-Staat, Berlin 2010, S. 5f. und 10

<sup>140</sup> Horst Tappert: Probleme der Weiterentwicklung der Finanzkontrolle in der NVA. Dissertation, Humboldt-Universität zu Berlin, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Berlin [DDR] 1969, S. 65, unveröff.

<sup>141</sup> vgl. Johannes Keil: Professoren und Pädagogik? Die Entwicklung der Hochschulpädagogik an der Humboldt-Universität bis 1989, in: die hochschule 1/2010, S. 165-182

- Eine andere (und ältere) ‚Querschnittsweiterbildung‘, die sich mit verschiedenen Veranstaltungsformen an alle Hochschulangehörigen richtete, war das seit Anfang der 50er Jahre aufgebaute Lehrgebiet des *Marxismus-Leninismus*. Von der Vermittlung der Lehrinhalte versprach man sich eine Immunisierung der Universitätsangehörigen gegenüber bürgerlichen Gesellschaftsideen. Zunächst wurde schrittweise das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium für alle Direktstudenten obligatorisch eingeführt. Es folgte eine spezielle marxistisch-leninistische Weiterbildung für Doktoranden in allen Disziplinen, deren Ergebnis ein Drittel der Note des Dokorexamens ausmachte. Auch für die Professoren und Dozenten wurde eine Pflichtweiterbildung in Marxismus-Leninismus etabliert, der sich nur wenige Lehrkräfte entziehen konnten. Und nicht zuletzt wurde in fast allen postgradualen Weiterbildungsformen an der Universität eine spezielle marxistisch-leninistische Weiterbildung durchgesetzt.
- Einer unstetigeren Variante staatlicher Einflussnahme unterlag die Berliner *Veterinärmedizin* mit ihren Weiterbildungsangeboten. Auf Drängen der Tierärzteschaft war 1953 die Wissenschaftliche Gesellschaft für Veterinärmedizin (WGV) gegründet und nach dem Vorbild humanmedizinischer Standesvertretungen mit der Umsetzung der ersten Weiterbildungsveranstaltungen betraut worden. Teilweise wurde dabei auf Lehrpersonal der Universitäten zurückgegriffen. Eine Motivation von Seiten der Tierärzteschaft für die Gründung der WGV hatte auch darin bestanden, den staatlichen Einfluss auf die tierärztliche Weiterbildung zu beschränken. Jedoch führten die Proteste an der Veterinärmedizinischen Fakultät 1956 – u.a. gegen den obligatorischen Russischunterricht und gegen die Pflichtvorlesungen in Marxismus-Leninismus – nicht nur dazu, dass in der Folge repressive staatliche Maßnahmen gegen die veterinärmedizinische Fakultät durchgeführt wurden und das Personal durch loyaleres ersetzt wurde. Vielmehr stellte sich bei den staatlichen Stellen ein ständiger Argwohn gegenüber der Tierärzteschaft und ihrer Standesvertretung ein. Nicht nur um für die postgraduale Weiterbildung zum Fachtierarzt eine in der DDR einheitliche Form zu schaffen und sie mit einer gesetzlichen Grundlage zu versehen, sondern auch um direktere staatliche Zugriffsmöglichkeiten als auf die WGV zu etablieren, wurde die postgraduale Weiterbildung zum Fachtierarzt 1970 von der WGV unter anderem an die Humboldt-Universität verlagert.

Am Beispiel der Humboldt-Universität lässt sich zeigen, dass bereits vor der Dritten Hochschulreform durch Weiterbildungsangebote an DDR-Hochschulen institutionelle Akzente gesetzt und auch institutionelle Strategien verfolgt werden konnten. Dies war in anderen Segmenten des einheitlichen DDR-Bildungssystems in dieser Form nicht möglich. Diese Gestaltungsfreiheit blieb der hochschulischen Weiterbildung auch nach der Dritten Hochschulreform weitestgehend erhalten, da weiterhin die Notwendigkeit zur Aktualität des Wissens bestand und die sich daraus ergebenden ständigen Anpassungen bei der Weiterbildungsgestaltung auch nur schwer von ausgefeilteren planwirtschaftlichen Methoden erfasst werden konnten. Doch obwohl die hochschulische Weiterbildung oftmals im Windschatten der Planwirtschaft stattfand, gewannen fast alle beschriebenen Weiterbildungsformen institutionelle Stabilität. Dies lag auch daran, dass durch die Dritte Hochschulreform neue Forschungsergebnisse effizienter in die Praxis getragen werden sollten und die hochschulische Weiterbildung hierfür als ‚natürliches‘ Instrument bereit stand. Es wurde also angenommen, dass die Weiterbildung an Hochschulen fast automatisch dem zuvörderst verfolgten Effizienz-Paradigma zuträglich sei, jedoch blieben die staatlichen Einflussmöglichkeiten auf die konkrete Ausgestaltung der entstehenden Weiterbildungsangebote weiterhin begrenzt. So konnten die verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen meistens in gewissem Maße entscheiden, inwiefern sie ideologischen Vorgaben nachkamen und staatliche Einflussnahme zuließen.

---

*Obwohl die hochschulische Weiterbildung oftmals im Windschatten der Planwirtschaft stattfand, gewannen fast alle Weiterbildungsformen institutionelle Stabilität. Es wurde angenommen, dass die Weiterbildung an Hochschulen fast automatisch dem Effizienz-Paradigma zuträglich sei*

---